

## Kapitel 6

### Das politische Getriebe schmieren

*Handelsgesellschaften sind wie feudale Güter, die sich zu Nationalstaaten entwickelt haben; sie sind nichts weniger als die Vorhut einer neuen darwinistischen Organisation von Politik.*

Robert Kaplan<sup>1</sup>

*Man fragt sich, ob der Westen in Afrika mehr will als die Aufrechterhaltung von Diktaturen, die gerade mächtig genug sind, um eine einigermaßen konstante Versorgung mit billigen landwirtschaftlichen und mineralischen Erzeugnissen zu garantieren, die man woanders nicht findet.*

Andrew Buckoke<sup>2</sup>

Ein Witz aus Afrika geht so.

„Warum hat es in den Vereinigten Staaten von Amerika nie einen Staatsstreich gegeben?“

Antwort der angesprochenen Person: „Weil die USA ein demokratisches Land sind, mit einem bewährten und wahrhaftigen Wahlprocedere.“

„Falsch!“

Antwort der Angesprochenen (ich): „Weil die USA eine reife Demokratie sind, in der es nicht wie in einer Bananenrepublik zugeht?“

„Wieder falsch, haha.“

Antwort (langsam verzweifelnd): „Dann sag´ es mir, meine Güte noch ´mal!“

„In den USA hat es nie einen Staatsstreich gegeben, weil es dort keine US-Botschaft gibt!“

---

<sup>1</sup> Robert Kaplan: *Was democracy just a moment?*, Atlantic Monthly, Vol 280 (6): 55-80;  
<http://www.theatlantic.com/issues/97dec/democ.htm>

<sup>2</sup> Andrew Buckoke: *Fishing in Africa: a guide to war and corruption*, London 1990, S. 221

Pause. Dann antwortet die frustrierte Angesprochene. „Aber das war früher, während des Kalten Krieges, als der Westen und der Osten zu fast allem bereit waren, um ihre Einflussphären in Afrika zu halten. Seitdem ist die Demokratie eingezogen, und die Menschen in Afrika wählen ihre eigenen Führungen. Die Dinge haben sich geändert.“

Pause. „ - hoffe ich.“

Einige Journalisten, Schriftsteller und Wissenschaftler vermitteln den Eindruck, dass das Missmanagement von Ressourcen und die Probleme auf dem afrikanischen Kontinent fast ausschließlich das Ergebnis schlechter afrikanischer Führung sind. Ihre Arbeiten implizieren eine Annahme, die unvermeidlich und günstigerweise zu genau der Schlussfolgerung führt, die einige im Westen hören wollen: Afrikaner sind unfähig, sich selber zu regieren.

Mit Sicherheit ist das die Theorie, die Martin Meredith in seinem dicken Wälzer, der 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika behandelt, aufstellt<sup>3</sup>. Mit den Leistungen von Tansanias ehemaligem Staatsoberhaupt, dem mittlerweile verstorbenen Julius Nyerere, der bescheiden und zurückhaltend war und liebevoll „der Lehrer“ genannt wurde, gibt Meredith sich nicht lange ab. Nyerere glaubte an das sozialistische Ideal und wurde bis zu seinem Tod 1999 als einer der größten Staatsmänner des letzten Jahrhunderts angesehen. Auch findet Meredith über den ersten Staatspräsidenten Ghanas Kwame Nkrumah nur negative und erniedrigende Dinge zu sagen; seine Vision und seinen Intellekt ignoriert er dabei völlig. Die strengste Kritik scheint er Staatspräsidenten zukommen zu lassen, die sich aus der westlichen Einflussphäre heraus- und von ihren ökonomischen Modellen wegbewegten.

Eine ähnliche These steht hinter dem Schreiben und der Arbeit des ghanaischen Wirtschaftswissenschaftlers George B. N. Ayittey<sup>4</sup>. Ayittey behauptet, dass die „externalistische Theorie“, die Imperialisten, Kolonialisten, Neo-Kolonialisten und der Weltbank die Schuld an Afrikas Problemen gibt, „kaputt“ ist. Ayittey ist auch Präsident der „Free Africa Foundation“<sup>5</sup>. Wenn man den Spuren folgt, sieht man, dass die „Free

---

<sup>3</sup> Martin Meredith: *The fate of Africa: from the hopes of freedom to the heart of despair. A history of 50 years of independence*, New York 2005

<sup>4</sup> George B. N. Ayittey: *Africa Unchained: the blueprint for Africa's future*, New York 2005

<sup>5</sup> Siehe SourceWatch (Center for Media and Democracy): *The Free Africa Foundation*; <http://www.sourcewatch.org/index.php?title=The-Free-Africa-Foundation>. Neokonservative, unternehmensfreundliche und Scharfmacherideologie wird heute von Hunderten von „Think Tanks“, von denen viele miteinander verflochten sind, auf der ganzen Welt propagiert. Mittels der Mainstreammedien, die sich zumeist in Unternehmerhand befinden, und indem sie ihren gedungenen „Fellows“ einflussreiche Posten in der Regierung und in Ausschüssen, die die Regierung beeinflussen, verschaffen, oder indem sie ehemals mächtige Regierungsmitglieder als Fellows gewinnen, üben sie in Nordamerika und anderen Industrieländern einen

Africa Foundation“ enge Verbindungen zu Politik – Think Tanks wie den „Heritage and John M. Olin Foundations“ und dem CATO Institute in den USA hat - Einrichtungen, die so weit am rechten Rand liegen, dass es überrascht, dass sie noch nicht heruntergefallen sind - und von diesen auch finanziert wird. Für sein Buch erhielt Ayittey eine Zuwendung von der „Lynne and Harry Bradley Foundation“, die mit US-amerikanischem Militärvermögen gegründet wurde. So überrascht es kaum, dass sich ihm die westliche Einmischung in Afrikas Wirtschaft und Politik nicht als Quelle Afrikas gegenwärtiger wirtschaftlicher und politischer Nöte darstellt.

Während sich Robert Calderisi, ein ehemaliger Weltbankfunktionär mit viel Afrikaerfahrung, tief um Afrika zu sorgen scheint, fällt es mir enorm schwer, seine Analyse der Probleme und Realitäten auf dem afrikanischen Kontinent zu akzeptieren. Sie beginnt mit der Feststellung: „... Afrika schreibt seine Geschichte seit der Unabhängigkeit selber und ist seit dem

---

überproportional großen Einfluss auf das Zustandekommen staatlicher Grundsatzentscheidungen aus. Ihr Einfluss verbreitet sich über die ganze Welt durch Denkfabriken wie die „Free Africa Foundation“, die mit anderen amerikanischen Think Tanks des rechten Spektrums verbunden ist und von denselben rechtsorientierten Stiftungen und Unternehmenslobbies finanziert wird. Sharon Beder hat den Einfluss von Unternehmen auf die Politik und die öffentliche Meinung durch globales Spin-Doctoring ausführlich beschrieben [siehe Sharon Beder: *Global Spin: the corporate assault on environmentalism*, Vermont 2002; sowie dies.: *The corporate assault on democracy*, Australian Rationalist 52: 4 – 11]. Nach Beder gibt es „eine Drehtür zwischen diesen Think Tanks, Regierungen, Bürokratien und Politikern.“ Diese Think Tanks erklären häufig, dass sie, um ihre „Unabhängigkeit“ zu wahren, keine Regierungsgelder empfangen, als wären Regierungen, die das Volk vertreten, irgendwie befangen oder in dunkle Machenschaften verwickelt, die privaten Geldgeber hingegen irgendwie als „unabhängig“ anzusehen – Geldgeber, die regelmäßig bestimmte Wirtschaftslobbies repräsentieren, die ein persönliches Interesse daran haben, die Staatsgewalt zu beschränken und die unternehmerische Freiheit zu erhöhen, um ohne Vorschriften agieren zu können. Solche Think Tanks werden von Unternehmen und privaten Stiftungen finanziert, die mit Kapital ausgestattet sind, das in der Regel im Laufe des letzten Jahrhunderts in der Öl-, Waffen-, Tabak-, chemischen, agrochemischen und pharmazeutischen Industrie angesammelt wurde; dazu gehören die John M. Olin Foundation, die Scaife Foundations (Scaife Family, Sarah Mellon Scaife, Carthage), die Lynne and Harry Bradley Foundation, die The Earhart Foundation und andere. Das „Center for Media and Democracy“ (SourceWatch) bietet einen unschätzbaren Einblick in die Think Tanks und ihre Geldgeber. Vom für wissenschaftliche Publikationen geltenden Erfordernis von Peer-Reviews befreit, ist es unwahrscheinlich, dass die von „Fellows“ und „Wissenschaftlern“ des Gespinstes von miteinander verwobenen Think Tanks durchgeführten Studien objektiv sind, soll mit ihnen doch ein Produkt oder ein Standpunkt gefördert werden, das bzw. der günstig für die Interessen des Unternehmens ist, das ihre Arbeit finanziert. Die subjektiven Studien, die als Informationssendungen aufgemachten Werbevideos, die „Unterrichts“materialien und die Op Eds [AdÜ: *Kommentare von Kolumnisten, die oft bewusst von der Linie der Zeitungsredaktion abweichen*], die sie produzieren, führen oft zu einer Unmenge an unkritischer Medienwerbung, und indem sie die öffentliche Meinung prägen, bestimmen sie die Politik, um weitreichende Unternehmensinteressen und Wirtschaftslobbies zu bedienen – oft (wie ich meine) gegen das Wohl der Allgemeinheit.

Ende des Kalten Krieges im Wesentlichen frei von der Beherrschung durch ausländische Mächte.“<sup>6</sup>

Die Ausführungen dieser Autoren unterstellen, dass die Afrikaner sich seit Jahrzehnten selber regieren, dass sie ihre schlechten Führungen selber gewählt und es dann bei ihnen belassen haben. Dafür gibt es jedoch kaum Anhaltspunkte.

Außerhalb des afrikanischen Kontinents glauben viele Menschen ernsthaft, dass sich die europäischen Kolonialmächte wie Belgien, Großbritannien, Frankreich<sup>7</sup>, Portugal und Spanien, kaum dass sie ihren Kolonien die politische Unabhängigkeit zugestanden hatten, vollständig zurückzogen und die Führung afrikanischer Nationen afrikanischen Staatsführern überließen. Außerdem ist der Mythos weitverbreitet, dass wenn europäische Staaten oder Amerika politisch oder militärisch auf dem afrikanischen Kontinent eingreifen, sie dies aus reiner Wohltätigkeit tun, um die Afrikaner voreinander zu schützen.

Das ist jedoch kaum der Fall. Zunächst einmal wurden die Männer, die die ehemaligen Kolonien nach der Entlassung in die Unabhängigkeit anführen sollten, von den Kolonialmächten sorgfältig ausgewählt. Später beseitigten außenstehende Mächte national gesinnte afrikanische Staatsführer wie Patrice Lumumba im Kongo, Amilcar Cabral in der Republik Kap Verde und Thomas Sankara in Burkina Faso, oder halfen heimlich dabei – sei es allein, sei es in verdeckter Zusammenarbeit miteinander oder mit anderen afrikanischen Staatsführern.

Martin Meredith erwähnt die beiden letzteren nicht. Was Patrice Lumumbas Sturz und schließlich Ermordung anbelangt, eine der offeneren kriminellen Handlungen der CIA und der belgischen Staatsgewalt, wiederholt Meredith lediglich die von der CIA und Belgien abgegebenen Beschreibungen des Premierministers als „tollwütiger Hund“, um den Staatsstreich als „Maßnahme für die Volksgesundheit“ zu rechtfertigen. Seine Beschreibung von Staatspräsident Mobutu Sese Seko als „der große Plünderer“ stellt einen machtbesessenen despotischen Kleptomane dar, der sein Land fast im Alleingang zerstörte. Mobutu war

---

<sup>6</sup> Robert Calderisi: *The trouble with Africa: why foreign aid isn't working*, New York 2006

<sup>7</sup> Pascal Krop, der es zu seinem Beruf gemacht hat, die französische Afrikapolitik und Frankreichs Geheimoperationen zu untersuchen, stellt fest, dass der französische Staatspräsident Charles de Gaulle, bevor er seine afrikanischen Kolonien in die „Unabhängigkeit“ entließ, sicherstellte, dass die neuen Staatsführer seine „zuverlässigen Freunde“ sein würden – Léopold Sédar Senghor im Senegal, Félix Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste, Philibert Tsiranana in Madagaskar, Léon M'Ba und dann Omar Bongo in Gabun, Ahmadou Ahidjo in Kamerun. Ein politisches oder wirtschaftliches Eindringen in diese französischen Neokolonien seitens der Sowjets, Chinas oder der Amerikaner würde de Gaulle nicht dulden. Mit diesen Ländern wurden militärische Geheimabkommen vorbereitet, und dieser Prozess wurde von De Gaulle persönlich überwacht, der jeden Abend mit seinem Sekretär für Afrikanische und Madegassische Angelegenheiten Jaques Foccart zusammenkam. Foccart säte Angst in Afrika, wo er als De Gaulles *eminence grise* bekannt war, als die „graue Eminenz“ also. Dazu Pascal Krop a.a.O.

von den USA und Belgien jedoch ausgesucht worden, um Lumumba zu ersetzen. Und westliche Regierungen hätschelten, unterstützten, finanzierten und priesen ihn bei jedem Schritt auf seinem zerstörerischen Weg. 1982 sagte Vizepräsident George Bush während eines Besuchs in Kinshasa zu Mobutu, dass er Achtung vor seinem „Sinn für Gerechtigkeit und Vernunft“ habe. „Ich bin gekommen, Herr Präsident, um Ihren persönlichen Mut und Ihre Führungsstärke zu bewundern.“<sup>8</sup>

Meine Erfahrungen in Afrika scheinen sich von denen der Schriftsteller, die ausschließlich afrikanischen Staatsführern die Schuld an den Problemen des afrikanischen Kontinents geben, stark zu unterscheiden.

Man braucht sich nur das Schicksal Thomas Sankaras anzusehen, um eine Lektion zu verstehen, die in Afrika viele schon vor langer Zeit gelernt haben: Afrikanische Staatsführer, die auf Kosten der Interessen des Westens an ihrem Kontinent berechtigterweise für die Belange ihres eigenen Volks eintraten, sind selten lange an der Macht - bzw. am Leben - geblieben. Das Gleiche gilt für Entwicklungsländer auf der ganzen Welt. Denken wir an das Schicksal zweier Präsidenten in Südamerika: Manuel Zelaya, der in Honduras versuchte, populäre Reformen durchzuführen – höhere Mindestlöhne und Gerechtigkeit im Bergbausektor – und 2009 im Zuge eines Militärputschs, den zu verurteilen Kanada zum Beispiel ablehnte, abgesetzt wurde, und Jean-Bertrand Aristide, der versuchte, ähnliche Reformen in Haiti durchzuführen, und entmachtet, praktisch gekidnappt und 2004 bei einem von Frankreich, den USA und Kanada orchestrierten Putsch nach Afrika gebracht wurde.<sup>9</sup>

Als der Kalte Krieg zu Ende ging, dachten viele Leute in Afrika eine Zeit lang, dass die Großmächte zusammenpacken, nach Hause gehen und aufhören würden, Risiko, Schach und andere strategische Kriegsspiele auf dem afrikanischen Kontinent zu spielen. Dann würden sich Freiheit und Demokratie durchsetzen und Wohlstand für alle bringen, nicht nur für einige Auserwählte. Diktatoren würden ersetzt werden durch Staatschefs, die den Afrikanerinnen und Afrikanern mehr Rechenschaft ablegen würden, weil sie vom Volk an der Wahlurne selber ausgewählt sein würden.

Meine erste persönliche Erfahrung mit dieser demokratischen Morgendämmerung hatte ich in Ghana am 2. November 1992. In Tamale, einer Stadt in der nördlichen Region Ghanas, war es heiß und sonnig, und so war auch die Stimmung im Land. Zum ersten Mal seit über einem Jahrzehnt gingen die Ghanaerinnen und Ghanaer zur Wahl. Als Oberhaupt des Provisional National Defence Council (PNDC) hatte seit

---

<sup>8</sup> Caplan, a.a.O., Seite 73

<sup>9</sup> Peter Hallward: *Damming the Flood: Haiti, Aristide and the politics of containment*, New York 2008

1981 ohne Unterbrechung Präsident Jerry John Rawlings regiert. Einige Leute hatten sich bereits laut gefragt, ob das P in der Abkürzung eigentlich für „permanent“ stand.

Naiv, wie es rückblickend scheint, war ich eine der vielen im Land – und in ganz Afrika – die ernsthaft glaubten, dass die Metamorphose von der Diktatur zur Demokratie über Nacht eintreten würde – einfach durch das Abhalten von Wahlen.

Die Berliner Mauer war gefallen. Die Westmächte brauchten die Diktatoren, die im Kalten Krieg ihre Verbündeten gewesen waren, nicht mehr zu hätscheln. Den Ostblock gab es nicht mehr. Die, die sich um die Scherben der Sowjetunion kümmerten, hatten besseres zu tun, als sich Freunde in Afrika zu kaufen oder dortige Rebellenbewegungen vorsätzlich mit Waffen auszurüsten – wenn sie auch gerne überschüssige Kalaschnikows, Landminen und anderes Waffenmaterial aus der Zeit des Kalten Krieges an alle ausgaben, die dafür bezahlen konnten.

Die westlichen Demokratien hatten nun keine kommunistische Bedrohung mehr, mit der sie ihre Unterstützung für unterdrückerische und antidemokratische Regime rational erklären konnten. Westliche Nationen und internationale Institutionen begannen, von vielen der Männer, denen sie entweder zur Macht verholfen oder denen sie geholfen hatten, sich an der Macht zu halten, abzurücken. Oder sie fingen an, auf diese Regime Druck auszuüben, Wahlen abzuhalten und ihre Herrschaft zu legitimieren. Auf einmal, zu Beginn der 90er Jahre, entdeckten die westlichen Demokratien die Dringlichkeit guter Regierungsführung und der Verbreitung des Mehrparteien-systems und der Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent.

An hehren Worten über den neuen Wind, der in Afrika nun wehte, herrschte kein Mangel. Die Exzesse der Vergangenheit in so vielen afrikanischen Ländern – die Beschränkung der Medien, die schwerbewaffneten Sicherheitskräfte, die Undurchsichtigkeit von Regierungsgeschäften und Staatsfinanzen, die den Launen eines Präsidenten und seinem Gefolge unterworfenen Justizapparate, der ungezähmte Größenwahn von Despoten – das würde alles verschwinden. Und all das war nur eine Wahl entfernt. So sah es jedenfalls aus. Bevor klar wurde, wie kompliziert Wahlen sein können, und wie leicht man bei ihnen tricksen kann.

Seitdem haben die Wählerinnen und Wähler in vielen Ländern des afrikanischen Kontinents korrupte und unbeliebte Präsidenten mit Hilfe gefälschter Wahlen zurück an die Macht kommen sehen, und langsam werden sie dessen überdrüssig. Sowohl 1997 als auch 2002 gab es bei den in Mali abgehaltenen Wahlen erhebliche Unregelmäßigkeiten, und die Bevölkerung wusste das sehr wohl. Aber in beiden Fällen wurde der Sieger von der internationalen Gemeinschaft beglückwünscht, und die

Menschen nahmen diese Entscheidung hin – der Frieden war ihnen wichtiger als ihr Stimmrecht.<sup>10</sup>

Die Wahlmanipulierer spielen jedoch mit dem Feuer. Nach den Präsidentschaftswahlen 2007 in Kenia berichteten große Teile der Presse, dass nach den ersten übereinstimmenden Ergebnissen der Oppositionsführer Raila Odinga klar in Führung lag und seine Partei dabei war, mehr als doppelt so viele Sitze wie die Regierungspartei zu erringen. Ohne Vorankündigung oder die Angabe von Gründen wurde das Auszählen der Stimmen gestoppt, und als es wiederaufgenommen wurde, zeigte es den amtierenden Mwai Kibaki plötzlich in Führung. Innerhalb von Stunden erklärte die Wahlkommission Kibaki zum Wahlsieger, und er wurde für eine zweite Amtszeit als Präsident vereidigt. Es folgte ein Ausbruch von Gewalt, mehr als tausend Menschen wurden getötet, Wohnungen wurden zerstört, und Menschen verschwanden.<sup>11</sup>

Beginnenden internationalen Bemühungen um Friedensverhandlungen und um eine Lösungsfindung nach dieser eindeutig betrügerischen Auszählung erteilte Kibaki eine Abfuhr; er machte weiter und stellte sein Kabinett auf. Er verbot der Opposition Versammlungen und gestattete der Polizei, auf Demonstranten zu schießen und sie zu töten, und Unruhen somit brutal zu unterdrücken. Politiker beider Seiten stachelten die Menschen zu im Land so noch nie

---

<sup>10</sup> 1997 erklärte Malis Verfassungsgerichtshof die erste Runde der Präsidentschaftswahlen mangels zuverlässiger Wählerlisten für nichtig. Ohne diese Listen zu korrigieren, fuhr Amtsinhaber Alpha Oumar Konaré mit der Durchführung der Wahlen fort und setzte einen neuen Wahltermin fest, der von den Oppositionsparteien boykottiert wurde. Konaré konnte einen Scheinkandidaten – einen Politclown – überreden, gegen ihn anzutreten, damit es so aussah, als sei in der Wahl auch eine Opposition vertreten. Selbstverständlich gewann er die Wahl und wurde dann als Musterdemokrat gefeiert. Bei den Wahlen 2002 war dann die Stimmauszählung Gegenstand großer Skepsis. Als der Mann, der die Schlüssel zur Computerzentrale, in der die Auszählung stattfand, einen seltsamen nächtlichen Autounfall hatte, wurde sie für eine ganze Nacht ausgesetzt. Unerklärlicherweise erklärte Malis Verfassungsgerichtshof später ein Viertel der abgegebenen Stimmen für ungültig, und zwar zufälligerweise in den Regionen, in denen der Hauptkontrahent Ibrahim Boubakar Keita die meiste Unterstützung hatte. Diese Wahl brachte Amadou Toumani Touré an die Macht. Touré war zweifellos beliebt in Mali. Er hatte dort den Staatsstreich angeführt, der 1991 zum Sturz des Diktators Moussa Traoré führte, und den Weg für eine Ära demokratischer Reformen eingeleitet, bevor er ein Jahr später zurücktrat. Beobachter in Mali bemerkten allerdings auch, dass er der klare Favorit der USA und der europäischen Großmächte war. [AdÜ: Am 21. März 2012 wurde Touré einen Monat vor dem regulären Ende seiner Amtszeit durch einen Militärputsch gestürzt.]

<sup>11</sup> siehe Noel Mwakugu: *Outrage at police tactics*, BBC News, 18. Jan. 2008; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7194832.stm>;

Karen Allen: *Tough task for Kenyan diplomacy*, BBC News, 9. Jan. 2008; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7179475.stm>;

dieselbe: *US dismisses Kenyan propaganda*, BBC news, 22. Jan. 2008; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7201954.stm>;

dieselbe: *Kenya's dubious election*, BBC News, 8. Jan. 2008; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7175694.stm>.

dagewesener ethnisch motivierter Gewalt an. Es bedurfte gemeinsamer Anstrengungen mit dem ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, um zwischen den beiden Lagern eine Machtteilung auszuhandeln, die es Kibaki erlaubte, Präsident zu bleiben, während der Oppositionsführer Raila Odinga sein Premierminister wurde.

Die Schuld an dem Wahlbetrug und der Korruption, die nach diesen Wahlen um sich griff, tragen letztlich Amtsinhaber Kibaki und sein engster Kreis, von der Opposition „Mount Kenia Mafia“ getauft.<sup>12</sup> Es kann jedoch die Frage gestellt werden, ob er und seine mächtigen Unterstützer auch dann so verwerflich gehandelt und durch das Manipulieren von Wahlergebnissen Krieg im Land und sogar Völkermord riskiert hätten, wenn Kibaki vorher nicht herausgefunden hätte, dass er mächtige Freunde im Ausland besaß. Fast unmittelbar, nachdem er sich zum Wahlsieger erklärt und für eine zweite Amtszeit als Präsident hatte vereidigen lassen, empfing er Glückwünsche vom amerikanischen Botschafter und vom US-Außenministerium. Das eng mit der republikanischen Partei verbundene „US International Republican Institute“, das die Durchführung der Wahl organisiert hatte und um ihre Makel wusste, lehnte es bis lange, nachdem es zu den Gewaltausbrüchen gekommen und zu spät war, ab, dieses Wissen öffentlich zu machen.<sup>13</sup>

Während seiner ersten Amtszeit hatte sich Präsident Kibaki extrem kooperativ dabei gezeigt, den USA die Auslieferung als Al Kaida-Mitglieder Verdächtiger aus Kenia zu erlauben – wobei es sich bei den Überstellungen um diese interessanten Übungen in Sachen Doppelmoral handelte, die es der CIA erlaubte, sich überall auf dem Erdball Personen herauszugreifen, die es terroristischer Neigungen verdächtigte, und sie in falsch deklarierten Privatjets an „Black Sites“ zu fliegen, wo sie ohne Rücksicht auf Verluste und unbehelligt von lästiger öffentlicher Überwachung verhört werden konnten. Außerdem hatte Präsident Kibaki mit den USA zusammengearbeitet, als sie in seinem Land eine starke strategische militärische Präsenz aufgebaut hatten. Dies hatte den USA dabei geholfen, über Äthiopien (der äthiopische Präsident war ebenfalls ein zuverlässiger Verbündeter der US-Regierung) einen Stellvertreterkrieg in Somalia zu organisieren.

Eines Tages änderte der amerikanische Botschafter seine Meinung über Kibaki und räumte öffentlich ein, was europäische und andere Beobachter an „ernsthaften Unregelmäßigkeiten“ bei der Stimmauszählung nach den Wahlen bereits bemerkt hatten. Zu diesem Zeitpunkt hatte Kibaki aber bereits Pflöcke eingeschlagen, Menschen waren gestorben, und latente ethnische Spannungen waren als

---

<sup>12</sup> Mehr über die Korruption der politischen Elite und Präsident Kibakis in Kenia bei Michaela Wrong: *It's our turn to eat – the story of a Kenyan whistleblower*, London 2009

<sup>13</sup> Mike McIntire, Jeffery Gettleman: *A chaotic Kenya vote and a secret U.S. exit poll*, The New York Times, 31. Jan. 2009; <http://www.nytimes.com/2009/01/31/world/africa/31kenya.html>

entsetzliche ethnisch motivierte Übergriffe an die Oberfläche gelangt, nachdem die Politiker gefährliche Karte der Ethnizität jahrelang benutzt hatten, um in Mehrparteienwahlen Unterstützung zu gewinnen.

All dies lag aber noch in ferner Zukunft.

Kehren wir zurück nach Ghana ins Jahr 1992, wo der ehemalige Revolutionär Jerry Rawlings dem Druck des Westens, sich in einen Demokraten zu verwandeln – dem er zunächst widerstanden hatte – schließlich nachgab. Er kündigte die Einführung eines Mehrparteiensystems an, legalisierte politische Parteien, berief eine unabhängige Wahlkommission ein und setzte den Wahltermin fest. Am Vorabend der Wahl flogen internationale Wahlbeobachter ein, insbesondere die Beobachtergruppe des Commonwealth.<sup>14</sup> Einer von ihnen war ein Zypriot, der weniger mit den Wahlen, die zu beobachten er da war, beschäftigt zu sein schien als vielmehr mit den „verdammten Türken“, die, wie er am Vorabend des Wahltags mir gegenüber schimpfte, „kein Recht“ hatten, auf seiner geliebten zyprischen Insel zu sein. Ein anderer war ein Australier, der sich während der Dreharbeiten zu „Crocodyle Dundee“ hierher verirrt zu haben schien, und dessen Hauptziel in Ghana darin zu bestehen schien, kaltes Bier aufzutreiben. Die Commonwealth – Beobachter in Ghanas Norden wurden von einem Tansanier in einem fein gearbeiteten Anzug geleitet, der kein Blatt vor den Mund nahm, was den Mangel an Komfort im Norden des Landes anbelangte. Er sagte, dass er für einen zweiten Wahlgang, der erforderlich sein würde, falls Rawlings im ersten nicht die erforderliche Mehrheit erhalte, nicht zurückkommen würde.

Vielleicht ging es dem Leiter der Commonwealth-Beobachtergruppe in der Hauptstadt Accra ähnlich, ängstlich bemüht, die ganze Sache unter Dach und Fach zu bringen, damit er nach Hause könnte und nicht zurückkommen müsste. Das würde erklären helfen, warum er, als der Wahltag gerade einmal zur Hälfte vorbei war, live im BBC World Service sprach, um die verblüffende Erklärung abzugeben, dass Ghanas Wahlen frei und fair verlaufen waren. Ich war sprachlos, genau wie viele Ghanaer und Ghanaerinnen. Ich hatte den Morgen damit verbracht, durch Tamale und Dörfer in der Region zu fahren, und so die Wahl und eine Reihe von Problemen miterlebt. Es gab minderjährige Wähler, die zum Wählen anstanden und mir sagten, dass sie für Rawlings stimmen würden, dubiose Wählerlisten, Vorfälle, bei denen an einigen Stimmabgabeorten Anhänger der Opposition mit Gewalt eingeschüchtert wurden, und vollgestopfte Wahlurnen, die mit Hilfe von kanadischen und deutschen Autos der Entwicklungshilfe befördert und aufgestellt wurden. Diese

---

<sup>14</sup> Kanada lehnte es ab, dieser Beobachtergruppe beizutreten. Ein einziger kanadischer Beobachter, entsandt vom Außenminister, um einen vertraulichen Bericht für „interne Zwecke“ abzuliefern, sagte mir, dass das Team des Commonwealth als unglaubwürdig betrachtet wurde.

Betrugsbeispiele machten das absolute Monopol noch schlimmer, das Rawlings im Wahlkampf beim Zugang zu öffentliche Geldern hatte sowie zum staatlichen Fernsehen und zu Militärmaschinen, die ihn quer durch das Land beförderten, um für sich und seine Partei Wahlwerbung zu machen.

Ich schickte einen Bericht über die Unregelmäßigkeiten, die ich gesehen hatte, an die BBC. Als ich später nach draußen ging, um die Stimmabgabe weiter zu beobachten, kam der tansanische Commonwealth-Beobachter um die Ecke – er war auf dem Weg auf ein Bier in einem privaten Klub. Er fragte mich, was für einen Unsinn über Unregelmäßigkeiten ich berichtet hätte. Ich begann, die lange Liste zu wiederholen.

Er wedelte mit den Armen herum und sagte: „Unregelmäßigkeiten? Das sind doch keine Unregelmäßigkeiten. Was erwarten Sie denn? Das ist Afrika.“

Später würde ich sehen, dass er nicht ganz unrecht hatte. Die Unregelmäßigkeiten vom Tage waren belanglos im Vergleich zu den offen vorgenommenen Manipulationen in den Stunden und Tagen, die auf die Wahl folgten, nachdem die Beobachter zu Bett gegangen waren oder ihre Flugzeuge bestiegen und das Land verlassen hatten. Während der ganzen Nacht nach der Wahl stand ich in Tamale auf dem als „Police Park“ bekannten Central Square und machte mir Notizen, als Männer Leitern bestiegen, um die Wahlergebnisse auszuradiieren, die auf die riesige Kreidetafel geschrieben waren, die als Anzeigetafel für die Wahl in der Nordregion diente, und sie durch für Rawlings Partei günstigere Zahlen ersetzten. Am nächsten Tag befragte ich den Leiter der Unabhängigen Wahlkommission in der Nordregion zu den mitternächtlichen Änderungen auf der riesigen Tafel. Er sagte mir, dass Fehler unterlaufen und diese berichtigt worden seien.

Rawlings gewann im ersten Wahlgang. Da die Wahlbeobachter die Wahl bereits Stunden, bevor der eigentliche Wahlvorgang vorüber war, für „frei und fair“ erklärt hatten, wurden anderslautende Beschwerden der Opposition von den westlichen Diplomatenzirkeln ignoriert. Dies fand in Nordghana schnell Eingang in den dortigen anschaulichen Straßenjargon. Auf dem Markt und an den Zapfsäulen wurden steigende Preise als „frei und fair“ bezeichnet, und gelegentlich wurde dies abgekürzt mit „Ach, das ist nur F und F“ zum Schlusswort in jeglicher Unterhaltung über die stets größer werdenden Schwierigkeiten, denen sich die Leute im Alltag gegenüber sahen.

Wenn die nächsten Wahlen anstünden, würde sich die westliche Welt vielleicht einen anderen Favoriten ausgesucht haben, dessen Wahl für frei und fair erklärt werden würde. Dabei könnte es sich um eine durchaus akzeptable Person handeln, um einen guten Politiker bzw. eine gute Politikerin und sogar um einen guten Staatsführer bzw. eine gute Staatsführerin für das Volk. Aber könnte eine gute Staatsführung eines

afrikanischen Landes nationale und ausländische Interessen gleichzeitig im Blick haben? Und würden westliche Geldgeber ruhig sitzenbleiben und es einem Staatsführer, der ihre Interessen bedrohte, erlauben, an der Macht zu bleiben, selbst wenn er oder sie die Wahlen gewonnen hätte?

1991, als in Algerien die ersten Mehrparteienwahlen seit 1963 abgehalten wurden, taten sie es nicht. In dieser Wahl nach dem Ende des Kalten Krieges errang die Islamische Heilsfront (FIS) auf Anhieb 188 Sitze, obwohl – oder vielleicht auch weil – während des Wahlkampfs gegen diese Partei vorgegangen worden war und zwei ihrer Anführer festgenommen und inhaftiert worden waren. Nach den Ergebnissen im ersten Wahlgang war anzunehmen gewesen, dass die FIS im zweiten Wahlgang mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die absolute Mehrheit erringen würde. Zu diesem kam es jedoch nie. Das Militär übernahm die Macht, und 1992 trat der zivile Präsident, wahrscheinlich unter dem Druck des Militärs, zurück. Der dann folgende Konflikt wurde als schmutziger Krieg bekannt, in dem ausgegrenzte Islamisten brutalen Sicherheitskräften gegenüberstanden, denen das Verschwinden von 6.000 Menschen angelastet wird.<sup>15</sup> Über 150.000 Menschen starben in den sieben Jahren nach der militärischen Machtübernahme. Europäische Länder wie Frankreich und Deutschland haben die abgebrochenen Wahlen und den Militärputsch im Dezember 1991 nicht nur nicht verurteilt sondern versorgten Algeriens Militärregime während des gesamten schmutzigen Krieges großzügig mit militärischer und finanzieller Unterstützung. Es gibt viele Berichte algerischer Insider – sowohl des Justizapparats als auch des Militärs – die behaupten, dass viele der Grausamkeiten, die während des schmutzigen Krieges an Zivilpersonen verübt und vom Militär islamistischen Extremisten zugeschrieben wurden, in Wahrheit vom Militär verübt wurden in dem Versuch, die Bevölkerung gegen die Islamisten aufzuwiegeln.<sup>16</sup>

1992 wurde Professor Pascal Lissouba in der Republik Kongo (mit der Hauptstadt Brazzaville, nicht zu verwechseln mit der großen Demokratischen Republik Kongo mit der Hauptstadt Kinshasa) der erste demokratisch gewählte Präsident des Landes, nach 13 Jahren unter der harten Herrschaft des marxistischen – was er dann nicht mehr war – Präsidenten Denis Sassou-Nguesso. Während seiner kurzen Amtszeit forderte Präsident Pascal Lissouba zusammen mit seinem Premierminister das inoffizielle Monopol des riesigen französischen Mineralölunternehmens Elf (jetzt Total) heraus, das 75% der

---

<sup>15</sup> Djamel Benramdane: *Algeria: a long and dirty war. Looking back at the extent of the nightmare* in Le Monde Diplomatique, März 2004; <http://mondediplo.com/2004/03/08algeriawar>

<sup>16</sup> siehe z. B. Habib Souadia: *The Dirty War: the testimony of a former officer of the special forces of the Algerian army, 1992-2000*, Paris 2001

Erdölproduktion im Land kontrollierte. Lissouba hatte Verhandlungen mit US-amerikanischen Ölgesellschaften aufgenommen, so auch – laut Bernard Kolelas – mit Mobil (heute ExxonMobil). Und dies war es, wie Kolela mir sagte, als ich ihn 2001 traf, während er sich im Exil in einem Hotel in Malis Hauptstadt Bamako aufhielt, was zum Scheitern der frischgebackenen Demokratie der Republik Kongo führte.

Global Witness beschreibt Elfs Operationen in der Republik Kongo wie folgt: „Elf behandelte die Republik Kongo wie eine Kolonie; man kaufte sich die Führungsschicht und half ihr, die künftigen Öleinnahmen des Landes als Pfand gegen teure Darlehen zu einzutauschen. Das Unternehmen finanzierte sogar beide Seiten des Bürgerkriegs, was es auch in Angola tat.“<sup>17</sup> Einige ehemalige Elf-Mitarbeiter landeten wegen ihres „Missbrauchs“ von Firmengeldern im Gefängnis, aber das änderte nichts an der politischen Situation oder Korruption und an der Einflussnahme in der Republik Kongo.<sup>18</sup>

Bevor 1997 die nächsten Wahlen abgehalten werden konnten, stellte der ehemalige (nicht gewählte) Staatschef der Republik Kongo, Denis Sassou-Nguesso, seine eigene private Armee zusammen. Lissouba beging den fatalen Fehler, offizielle Sicherheitskräfte zu entsenden, um Sassou-Nguessos Haus zu umstellen, und es entzündete sich ein brutaler Konflikt. Sassou-Nguessos Streitkräfte, die offen von Angola und verdeckt von Frankreich (und Elf) unterstützt wurden, nahmen die Hauptstadt Brazzaville ein bzw. das, was von dieser einst so herrlichen und dank des Ölreichtums wohlhabenden Stadt in den Tropen noch übrig war. Lissouba und Kolelas ergriffen die Flucht, und Denis Sassou-Nguesso erklärte sich zum Präsidenten. Um sich dann einen Anstrich offizieller demokratischer Zustimmung zu verleihen, organisierte er 2002 Wahlen und gewann sie mit 90% der Stimmen. Bernard Kolelas und Pascal Lissouba durften nicht kandidieren; beide waren in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden und blieben im Exil.

Offiziell zuckte Frankreich, was die undemokratischen Zustände in der Republik Kongo anbelangte, mit keiner Wimper. Im Dezember 1997 wurde der damalige französische Premierminister Lionel Jospin auf einer Pressekonferenz zu verdeckter französischer Unterstützung für Sassou-

---

<sup>17</sup> Global Witness ist eine Watchdog-Gruppe mit Sitz in London, die sich auf Menschenrechte und Bodenschätze fokussiert. Global Witness: *Time for Transparency – revenue transparency: a priority for good governance and energy security*, S. 1; 25. März 2004; <http://globalwitness.org/media-library-detail.php/115/en/time-for-transparency>.

Siehe auch Global Witness: *The Riddle of the Sphynx: where has Congo's oil money gone?*; <http://globalwitness.org/media-library-detail.php/145/en/the-riddle-of-the-sphynx-where-has-congos-oil-mone>

<sup>18</sup> Das volle Ausmaß, in dem Elf die Demokratie beschädigt hat – nicht nur in Afrika sondern auch in Frankreich selber - wird, genau wie die couragierte Untersuchung des immensen Ölskandals in rechtlicher und finanzieller Hinsicht durch Ermittlerin Eva Joly, detailliert in dem Buch *Poisoned Wells – the dirty politics of African oil* von Nicholas Shaxson, New York 2007, behandelt.

Nguesso vor und während des Krieges, der zum Sturz eines demokratisch gewählten Staatschefs führte, befragt. Jospin erwiderte, dass Frankreich so etwas nicht mehr tue. „Das ist Vergangenheit“, sagte er zu Journalisten in Bamako. Pascal Lissouba und Bernard Kolelas beschuldigten Frankreich jedoch offen, ihren Rivalen unterstützt zu haben, und nicht wenige kamen nicht umhin, zu registrieren, wie herzlich die Begrüßung von Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac für Staatspräsident Sassou-Nguesso nach seinem Wahlsieg 2002 ausfiel.<sup>19</sup>

Im Oktober 2004 hielt Kamerun seine dritten „demokratischen“ Präsidentschaftswahlen seit 1992 ab. Staatspräsident Paul Biya war zum dritten Mal im Rennen, obwohl er das Land auf seine eigene Art und Weise – manchmal von einem Golfclub in Frankreich aus – seit 1982 regierte. Das war das Jahr, in dem sein Vorgänger und Kameruns erster Präsident, der verstorbene Ahmadou Ahidjo, die Macht an seinen sorgsam ausgewählten Premierminister Paul Biya übergab und sich auf einem Schloss in Frankreich in Rente begab. Ahidjo war von französischen Ärzten gesagt worden, dass er an einer schlimmen Herzkrankheit leide, und dass er kürzertreten und sich in Frankreich niederlassen müsse, wo er die notwendige medizinische Behandlung erhalten könne. Kamerunischem „Allgemeinwissen“ zufolge erfuhr er direkt, nachdem er sich in Frankreich niedergelassen hatte, dass er keineswegs schwerwiegende gesundheitliche Probleme hatte sondern von den französischen Medizinern getäuscht worden war (die mutmaßlich in den Diensten der französischen Obrigkeit standen).<sup>20</sup> Da war es jedoch zu spät.

Paul Biya hatte es sich inzwischen im Präsidentensessel und im 70 Millionen - US Dollar - Präsidentenpalast in der Hauptstadt Yaoundé, den sein Vorgänger erbaut hatte, bequem gemacht. Entworfen von einem

---

<sup>19</sup> Virginia Gidley-Kitchin: *Africa: US and France vie for influence*, BBC News, 24. Dez. 1997; <http://news.bbc.co.uk/2/hi/world/analysis/42341.stm>

<sup>20</sup> „Allgemeinwissen“ ist in Ländern wie Kamerun oft das einzige, worauf man sich berufen kann, und bezieht sich auf Informationen, die einem vom Taxifahrer über den Journalisten bis zum Wissenschaftler in der Regel jeder gibt. Die Analyse verdeckter Operationen, um einen afrikanischen Präsidenten aus dem Amt zu manipulieren, muss sich auf solches „Allgemeinwissen“ beschränken, das oft auf zuverlässigen Insiderinformationen beruht, die solche Personen sammeln, die über enge Verbindungen zu den inneren Zirkeln der Macht verfügen. Jegliche ernsthafte oder glaubhafte Untersuchung, um die Wahrheit in einem Land, in dem niemals echte Demokratie geherrscht hat, ans Licht zu bringen, ist unrealistisch, und dies ist eines der größten Hindernisse für journalistische oder sogar wissenschaftliche Darstellungen der jüngeren Geschichte vieler Teile Afrikas. (Eine vor kurzem in Sierra Leone getätigte Umfrage zeigt, dass sich ein Drittel der Bevölkerung auf Gerüchte als Hauptinformationsquelle verlässt.) Ahidjo lebte noch ein paar Jahre, nachdem man ihm 1982 gesagt hatte, dass sein Leben in Gefahr sei. Er starb 1989 im französischen Exil. Nach dem bewaffneten Aufstand und Putschversuch von 1984 war er als Verräter gebrandmarkt worden und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er wurde nicht in Kamerun sondern im Senegal beerdigt.

schwedischen Architekten, hatte der Palast künstliche Wasserfälle und einen Zoo, einen unterirdischen Bunker und Fluchttunnel zu bieten. Selbst mit einem bewaffneten Aufstand, der 1984 im Auftrag Ahidjos von der ihm immer noch treu ergebenen Präsidentengarde organisiert wurde, gelang es nicht, Präsident Biya seines Amtes zu entheben. Er schlug seine Zelte für ein paar Tage im Palastbunker auf, während das Militär die Stadt bombardierte und aus dem Norden stammende Menschen, die verdächtigt wurden, den Aufruhr zu unterstützen, zusammentrieb.

Mit Taschenspielertricks hatte die französische Regierung Ahidjo elegant aus dem Weg geräumt. Er hatte einen nationalistischen Zug an sich und Kameruns Öleinnahmen auf einem Konto, das er verwaltete, zur Seite gelegt und gesagt, dass dies für die Zukunft aller Kameruner sein solle. Paul Biya zeigte keine der nationalistischen Neigungen seines Vorgängers.

Es war ein gegenseitig befriedigendes Abkommen zwischen dem Herrn und seinem privilegierten Diener. Paul Biya konnte in der Öl- und Holzgewinnung tätigen französischen Konzernen eine Blankovollmacht erteilen für Geschäfte, die Jean-Christophe Mitterand vermittelte, der Sohn des Präsidenten Frankreichs in den 80er Jahren, dem einige französische Journalisten den Spitznamen „Papamadi“ („Papahatgesagt“)<sup>21</sup> gaben. Im Gegenzug konnten Präsident Biya (und sein engerer Kreis) von all den Sonderzulagen profitieren, die das Leben als gewählter Staatschef eines afrikanischen Landes voller Bodenschätze, die der Herr begehrt, so mit sich bringt – Unsummen auf ausländischen Bankkonten, Paläste und Luxus in Hülle und Fülle, ein Leben im in der Tat sehr großen Stil, zu dem es auch gehörte, zu Golfkursen ins Ausland zu jetten.

Paul Biya schritt auf seinem Weg munter voran; er missachtete die Menschenrechte, sperrte Journalisten ein und verfuhr mit den Bodenschätzen seines Landes, wie ihm beliebt. Afrikanische Journalisten sprachen von ihm oft als Frankreichs „Pudel“.

---

<sup>21</sup> Jean-Christophe Mitterand wurde in Afrika als „Papamadi“ bekannt, weil sein Vater, der französische Staatspräsident, ihm die Leitung einer undurchsichtigen „cellule africaine“ übertrug, die auf dem afrikanischen Kontinent alle möglichen höchst dubiosen Aktivitäten durchführte – das Filmen von afrikanischen Oppositionspolitikern für „freundliche“ afrikanische Präsidenten und Geheimdienste, das Verhandeln von Waffen- und anderen Geschäften, darunter mit Öl, Holz und Diamanten, und das Austeilen enormer Summen von Geld an afrikanische Staatschefs, das sie benötigten, um – für die Franzosen – die Kontrolle über ihre Länder zu behalten, indem sie Demonstrationen und Bewegungen entweder verdeckt oder aber auch offen mit französischen Truppen brutal niederschlugen. Zu denen, die solche Zuwendungen aus den Händen Jean-Christophe Mitterands erhielten, zählen Gnassingbé Eyadéma in Togo, Juvénal Habyarimana in Ruanda, der die zunehmende Macht der Hutu repräsentierte, lange bevor er bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben kam, der 1994 den Völkermord auslöste – Habyarimana wurde von den Franzosen unterstützt, weil er sich dem anglophonen Einfluss ugandischer und ruandischer Tutsi-Regimekritiker widersetzte, Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste, Denis Sassou-Nguesso in der Republik Kongo, Hissan Habré im Tschad, Paul Biya in Kamerun und Mathieu Kérékou im Benin. [Krop a.a.O]

Zwei Wahlen später war Biya noch immer an der Macht, und auf der Liste der korruptesten Länder der Welt, die die internationale Watchdog-Gruppe Transparency International erstellt, rangierte sein Land nach wie vor ganz oben. Beide Wahlen waren mit gravierenden Mängeln behaftet, wie es in der Terminologie der internationalen Wahlbeobachter hieß, bzw. schlichtweg betrügerisch abgelaufen für jeden anderen, der Augen im Kopf hatte. Das tat Paul Biyas Beliebtheit in Paris jedoch keinen Abbruch. Dann kamen einige gute Gründe für Washington auf, sich für Kameruns Stabilität unter Präsident Biya zu interessieren.

Hatte Paul Biya sich auf einmal gebessert, neue Seiten aufgelegt und sich in einen wunderbar engagierten Staatsführer verwandelt, der sich um das Wohlergehen seines Volkes sorgte und dem Diebstahl von öffentlichen Geldern und Einnahmen aus dem Ölgeschäft ein Ende bereitete?

Nein, nicht wirklich.

Vielmehr war er der Schutzengel für das zu der Zeit größte ausländische Investitionsprojekt auf dem afrikanischen Kontinent – eine Ölpipeline, die ExxonMobil und einige andere riesige Konzerne der Mineralölbranche genau durch Kameruns wertvolle Regenwälder gelegt hatten. Und so kam es, dass Washington ein Interesse daran hatte, dass Paul Biya, der für die Pipeline eintrat, in Kamerun sicher an der Macht blieb, um diese für amerikanische Ölkonzerne getätigte Investition zu verteidigen.

Im Oktober 2003 begannen ExxonMobil, Chevron und PETROBAS Erdöl aus Feldern im Tschad, Kameruns nördlichem Nachbarn, zu pumpen – ein weiteres bitterarmes und schlecht regiertes Land. Aus dem Tschad fließt das Öl durch Kamerun Richtung Süden, in einer 1.070 Kilometer langen Pipeline, deren Bau 3,7 Milliarden US-Dollar gekostet hat.

In den späten 90er Jahren des letzten Jahrhunderts hatte es eine ganze Menge Widerstand gegen den Bau der Pipeline gegeben, die genau durch den zweitgrößten der Welt noch verbliebenen Regenwald führen würde, letzter Rückzugsort sowohl für das gefährdete Volk der Baka (die im allgemeinen despektierlich als Pygmäen bezeichnet werden) als auch für einen überaus großen Reichtum an Pflanzen und Tieren, von denen einige noch nicht einmal dokumentiert oder benannt sind.

Ein Bündnis nichtstaatlicher Organisationen stellte sich dem Vorhaben entschieden entgegen und formulierte ernste Bedenken im Hinblick auf die Auswirkungen der Pipeline in sozialer und kultureller Hinsicht und auf die Umwelt.

Als der südafrikanische Erzbischof und Nobelpreisträger Desmond Tutu den Abbruch des Pipelineprojekts forderte, bevor es in Gang gesetzt wurde, sagte er: „Afrika kann sich die Verwüstung der Umwelt durch ein solches Projekt nicht leisten. Wir müssen nicht zerstören sondern aufbauen helfen.“ Er fuhr fort: „Das Tschad/ Kamerun-Projekt ist nicht die

Hilfe, um die wir gebeten haben oder die wir brauchten. Aufgrund mangelnder Rechtsstaatlichkeit und mangelnder Respektierung der Menschenrechte und der Umwelt werden durch die Finanzierung großdimensionierter Entwicklungsprojekte die Umwelt zerstört und wir.“<sup>22</sup>

Das „Wall Street Journal“ zitierte 1997 angesichts der Besorgnisse über umweltschädliche Auswirkungen der Pipeline den damaligen Vorstandsvorsitzenden von ExxonMobil mit den Worten, dass Entwicklungsländer Umweltauflagen vermeiden sollten, da sie sonst Gefahr liefen, Auslandsinvestitionen zu verlieren. Im Juli 1998 schrieben 86 nichtstaatliche Organisationen aus 28 Ländern dem Weltbankpräsidenten James Wolfensohn einen Brief, in dem sie ausführlich über die Menschenrechtsverletzungen im südlichen Tschad berichteten. Außerdem kritisierten sie ExxonMobils Beurteilung der Auswirkungen auf die Umwelt als inadäquat, und den Umweltplan, den der Konzern für das Vorhaben bei der Weltbank eingereicht hatte, als unzulänglich.<sup>23</sup>

Trotz solcher Bemühungen und der Appelle Desmond Tutus wurde das Pipelineprojekt mit voller Kraft vorangetrieben, lediglich ein paar kosmetischen Änderungen wurden vorgenommen, um die Kritiker zu beruhigen. Die vielen Protestbriefe an den Präsidenten der Weltbank waren vergeblich.

Sie gab der Pipeline nicht nur ihren Segen sondern mochte das Projekt so sehr, dass sie dem kleinen bedürftigen Unternehmen ExxonMobil 200 Millionen Dollar anbot, um den Bau zu finanzieren.<sup>24</sup>

In 19 dicken Bänden rühmt die Weltbank die Vorzüge der Pipeline und des Ausbaus der Ölbranche, den sie dem Tschad und Kamerun und ganz Afrika bringen kann. Andersdenkende Kameruner und Gruppen, die sich für soziale Gerechtigkeit engagieren, verfügen nicht über genug Mittel und Arbeitskräfte, um einem so beeindruckenden und teuren literarischen Werk der Weltbank etwas entgegenzusetzen.

Bei seiner unerschütterlichen Verteidigung des Pipelineprojekts bezeichnete Robert Calderisi – der damalige Weltbank-Sprecher für Afrika – die Idee, Kleinbauern für Obstbäume, die gefällt wurden, um den Weg für die Pipeline freizumachen, zu entschädigen, als „ziemlich originell“, da

---

<sup>22</sup> Paul Brown: *Chad oil pipeline under attack for harming the poor*, The Guardian, 27. Sept. 2002; <http://guardian.co.uk/environment/2002/sep/27/internationalnews>

<sup>23</sup> offener Brief an den Weltbankpräsidenten James D. Wolfensohn von 86 nichtstaatlichen Organisationen aus 28 Ländern, betreffend das Tschad/ Kamerun - Öl- und Pipelineprojekt, vom 9. Juli 1998; <http://www.africa.upenn.edu/Urgent-Action/apic-8198.html>

<sup>24</sup> Im Januar 2008 gab ExxonMobil, der weltgrößte Mineralölkonzern, seinen Jahresgewinn mit 40,6 Milliarden US-Dollar an; damit brach der Konzern nicht nur seinen eigenen Rekord sondern erzielte auch den höchsten Unternehmensgewinn, den es überhaupt jemals gegeben hat. Siehe Jad Mouawad: *ExxonMobil profit sets record again*, The New York Times, 1. Febr. 2008; [http://nytimes.com/2008/02/01/business/01cnd-exxon.html?\\_r=1&em&ex=1202101200&en=575e77c5fd8688b0&ei=5087%0A&oref=slogin](http://nytimes.com/2008/02/01/business/01cnd-exxon.html?_r=1&em&ex=1202101200&en=575e77c5fd8688b0&ei=5087%0A&oref=slogin)

die meisten Bauern, wie er sagte, Subsistenzwirtschaft betrieben und „ihre Früchte selber konsumierten“. <sup>25</sup> Diese Begründung verblüfft mich; ich hätte gedacht, dass die Bauernfamilien gerade weil sie auf die Obstbäume für ihre eigene Ernährung angewiesen waren und die Bäume noch während ihrer ganzen langen Lebensspanne zu nutzen gedachten, für diesen gewaltigen Verlust anständig entschädigt werden sollten.

Dass es in Afrika so viel Zynismus über die wahren Interessen ausländischer Investoren auf dem Kontinent gibt, ist, verfolgt man den Kurs, den multinationale Mineralölkonzerne in erdölreichen afrikanischen Ländern eingeschlagen haben, kaum überraschend. Diejenigen, die ihre Ölfelder viele Jahre lang mächtigen Ölfirmen überlassen haben – Nigeria, Kongo (Brazzaville), Angola, Tschad, Kamerun, Gabun und der Sudan, um nur einige zu nennen – sind bitterarm geblieben, und man kann bestimmt nicht behaupten, dass sie sich wegen ihres Erdöls entwickelt hätten. Die einzige Entwicklung, die die Einkünfte aus der Rohölförderung hervorgebracht hat, ist das Entstehen einer winzigen extrem reichen Elite, die mit den ausländischen Politikern und Investoren Hand in Hand arbeitet, außerdem eine Zunahme der Korruption und ein rapider Verfall afrikanischer gesellschaftlicher Werte, sowie in einigen Fällen Konflikte in der Bevölkerung.

Der Schriftsteller und Journalist Nicholas Shaxson formuliert es so: „Für die Leute, die bemerkten, dass die Bürger dieser ölreichen Regionen ärmer und aufgebracht zu werden schienen, bestand die Antwort darin, ein paar Brosamen zu schicken, damit die Menschen dort über die Runden kämen, bis das mit dem Erdöl eingenommene Geld ihre Wirtschaften ankurbeln würde.“<sup>26</sup> Das Problem ist, dass diese Einnahmen im allgemeinen Korruption, Ungerechtigkeit und Unruhen ankurbeln.

Die Weltbank und andere Befürworter der Pipeline kümmerte es wenig, als die fast 20 Millionen US Dollar, die dem Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, gegeben worden waren, um Bildung zu fördern und Armut zu bekämpfen, stattdessen in Waffen für seine Armee und seine Sicherheitskräfte verwandelt wurden.

Der für den Tschad zuständige Landesdirektor der Weltbank Ali Mahmoud Khadr sagte 2004 in einem Interview: „Die Prämisse, die diesem Projekt und dem mit ihm verbundenen Programm zur Verwaltung der Einnahmen aus der Erdölförderung zugrundelag, war nicht, dass die Weltbankgruppe oder andere Geldgeber herkommen und die Einnahmen nehmen und für die Tschaderinnen und Tschader verwalten würden. Die

---

<sup>25</sup> Calderisi a.a.O. S. 184

<sup>26</sup> Shaxson a.a.O. S. 3

Prämisse war immer, dass wir nicht für sie fischen gehen sondern ihnen zeigen würden, wie man fischt.“<sup>27</sup>

Im vorliegenden Fall ging es nicht um Fisch sondern um die Kontrolle über das Erdöl des Tschad sowie um die Tatsache, dass eigentlich seine acht Millionen Einwohner, die zu den ärmsten der Welt gehören, von den Petrodollars profitieren sollten. Die Weltbank sollte dies mit einem Plan sicherstellen, demzufolge 10 Prozent des auf den Tschad entfallenden Einnahmeanteils (das waren etwas mehr als 12 Prozent, während der Rest auf das ExxonMobil Konsortium entfiel), treuhänderisch verwaltet und 80 Prozent für soziale, Gesundheits- und Bildungsprogramme verwendet werden sollten.

Im Dezember 2005 verabschiedete die tschadische Regierung Gesetze, denen zufolge sie auf mehr Einnahmen aus der Erdölförderung zugreifen konnte, und begründete dies damit, dass das Geld umgehend gebraucht werde, um ihre Staatsbediensteten zu bezahlen und um die Kosten zu decken, die durch 240.000 Flüchtlinge aus der benachbarten Zentralafrikanischen Republik und - wegen der Darfurkrise - dem Sudan entstanden. Die Weltbank reagierte umgehend. Am 6. Januar setzte sie sowohl die Vergabe jeglicher neuer Darlehen an den Tschad aus als auch die Überweisung von 124 Millionen US Dollar, die für das Land bereits vorgesehen gewesen waren. Dann sagte der Weltbankpräsident Paul Wolfowitz, dass man im Dialog bleiben müsse. Ein Stopp der Ölproduktion, was vielleicht die effektivste Art gewesen wäre, sicherzustellen, dass die Regierung des Tschad das Abkommen einhielt, wurde nicht in Betracht gezogen.

Ein Jahr, nachdem das Öl zu fließen begonnen hatte, verfügte der Tschad – ein Land von der Größe Frankreichs – noch immer über nicht mehr als 650 Kilometer geteeter Straßen. Nur ein Prozent der Bevölkerung hatte Zugang zu Strom. Die übrigen 99 % hatten kein elektrisches Licht, lebten von etwa 70 US Cents am Tag und hatten eine Lebenserwartung von 45 Jahren. Und diese Bevölkerungsstatistik wurde nicht etwa besser.

„Einen Steinwurf von dem kleinen Dorf [Kome] entfernt“, berichtet IRIN, „erzeugt der US-amerikanische Ölgigant ExxonMobil für die Versorgung seiner 40 km<sup>2</sup> großen Enklave siebenmal so viel Elektrizität wie der staatlich geführte Versorgungsbetrieb STEE mit importiertem Diesel im Rest dieses armen Binnenstaates produziert.“<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Weltbank: *Today's Challenges on the Chad-Cameroon Pipeline: An interview with Ali Mahmoud Khadr, World Bank Country Director for Chad*, 27. Sept. 2004; <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:20261758~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html>

<sup>28</sup> IRIN news: *Kome, Chad: Trying to make oil wealth work for the people. United Nations humanitarian news and information service (IRIN)*, 8. Okt. 2004; <http://web.irinnews.org/report.asp?ReportID=43576&SelectRegion=West-Africa&SelectCountry=CHAD>;

Mittlerweile transportierte die Pipeline 225.000 Barrel Rohöl pro Tag vom Dodabecken im Tschad zum kamerunischen Hafen Kribi am Golf von Guinea. Von dort wurde es über den Atlantik nach Nordamerika verschifft. All dies afrikanische Erdöl half dabei, Klimaanlagen, SUVs, Geländewagen und welches andere Spielzeug oder Gerät auch immer am Laufen zu halten.

Im August 2006 verwies Präsident Déby sowohl Chevron als auch PETROBAS mit der Begründung außer Landes, sie hätten sich geweigert, ihre Steuern zu zahlen, und ExxonMobil blieb als einziges Konsortium im Land zurück. Die BBC zitierte einige Beobachter mit der Vermutung, dass mit dieser Maßnahme, da sie nur drei Wochen, nachdem der Tschad wieder diplomatische Beziehungen zu Peking aufgenommen hatte, ergriffen wurde, chinesischen Ölgesellschaften das Terrain habe bereitet werden sollen.<sup>29</sup>

Anfang 2008 gelang es Präsident Déby, was durchaus bemerkenswert ist, einen Angriff von Rebellen aus dem Süden abzuwehren, die aus der unruhigen Grenzregion mit Darfur kamen und die Hauptstadt überfielen. Tschads Präsident Déby beschuldigte den benachbarten Sudan, die Rebellen zu unterstützen, und auf China wurde internationaler Druck ausgeübt, damit es aufhören würde, die sudanesischen Regierung zu unterstützen und zu bewaffnen. Dann verschwanden zwei politische Gegenspieler Débys. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy flog ein und versprach, eine Untersuchung über ihr Verschwinden zu fordern. Seine bloße Anwesenheit bestätigte jedoch stillschweigend die französische Unterstützung für den tschadischen Präsidenten; bei Staatsoberhäuptern, die westliche Staatsführer als Ausgestoßene ansehen oder die sie abzusetzen trachten, machen sie schlichtweg keine Staatsbesuche. Stellen Sie sich zum Beispiel irgendeinen westlichen Regierungschef vor, der zu Präsident Mugabe geflogen wäre, um ihn zu besuchen, unmittelbar nachdem er 2008 in Simbabwe seine Wiederwahl organisiert hatte. Und doch rangierte Idriss Débys Regime, was Demokratie, freie Wahlen und Menschenrechte angeht, mit dem Robert Mugabes auf etwa demselben Niveau.<sup>30</sup>

---

siehe auch IRIN news: *Chad: Government and World Bank struggle to save face in oil row*. United Nations humanitarian news and information service (IRIN), 6. Febr. 2006; <http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=51565&SelectRegion=West-Africa&SelectCountry=CHAD>;

sowie IRIN news: *Doba, Chad: oil boom raises expectations, but fails to meet them*. United Nations humanitarian news and information service (IRIN), 20. Okt. 2003; <http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=37324>

<sup>29</sup> BBC news: *Chad orders foreign oil firms out*, 27. Aug. 2006; <http://new.co.uk/2/hi/africa/5289580.htm>

<sup>30</sup> Freedom House: *Map of freedom in the world*, Map of freedom 2008; <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2008>

Der Tschad und der Sudan – zwei afrikanische Länder mit ausländischen Freunden, zwei Länder reich an Erdöl, und zwei Länder voller Armut und Unruhe.

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein Land ein umso niedrigeres Wirtschaftswachstum hat, je stärker es vom Export seiner Bodenschätze abhängt.<sup>31</sup> Viele Länder, die reich an Bodenschätzen, die seit vielen Jahren für den Export ausgebeutet werden, sind, haben noch immer nur wenige Mittel für die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse zur Verfügung. Diesen Ländern fehlt es am wirklich notwendigen – an Nahrung und Ernährungssicherheit, angemessenen Wasservorräten und Schutz vor den Naturgewalten.

Das führt zu der entscheidenden Frage: Wer profitiert von Afrikas natürlichem Reichtum? Zweifellos haben viele afrikanische Präsidenten durch den Großhandel mit den Bodenschätzen ihrer Länder enorme Vermögen angehäuft, und einen großer Teil davon haben sie außerhalb ihrer Länder verschwinden lassen. Dies gilt aber nur für einen Bruchteil der Einkünfte, die in Afrika mit den Bodenschätzen generiert wurden.

Sicher ist nur, dass die breite Bevölkerungsmehrheit im subsaharischen Afrika von der Ausbeutung ihrer Bodenschätze nicht im Geringsten profitiert hat. Die tiefe Armut nimmt auf dem Kontinent ständig und in jeder Hinsicht – in sozialer wie in materieller – zu. Und das trotz der kleinen einstelligen BIP-Wachstumsraten, mit denen die Weltbank von Zeit zu Zeit aufwartet, um zu zeigen, dass es in einem bestimmten Land oder in einer bestimmten Region in Afrika wirtschaftlichen Fortschritt gibt, Zahlen, die nicht enthüllen, wie dieses wachsende Vermögen verteilt ist.

Subsahara-Afrika ist der einzige Teil der Welt, in dem die extreme Armut zwischen 1981 und 2001 sowohl in absoluten Zahlen als auch prozentual zugenommen hat<sup>32</sup>.

---

<sup>31</sup> Jeffrey D. Sachs und Andrew M. Warner: *Natural resource abundance and economic growth*, Harvard University Development Discussion Paper No. 517a, 1995; <http://www.earthinstitute.columbia.edu/about/director/pubs/517.pdf>

<sup>32</sup> Nach der Definition von Jeffrey Sachs liegt absolute Armut dann vor, wenn ein Haushalt nicht in der Lage ist, seine Grundbedürfnisse zum Überleben zu decken – sie sind „chronisch hungrig, haben keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, es mangelt ihnen an sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung, sie können sich für einige ihrer Kinder oder auch für alle keine Schulbildung leisten, und selbst an einer einfachen Unterkunft ... und grundlegenden Kleidungsstücken wie Schuhen kann es ihnen fehlen.“ Er stellt fest, dass die extrem Armen nach Schätzung der Weltbank den Gegenwert eines US-Dollars pro Tag zur Verfügung haben und die „moderate poor“ den von ein bis zwei Dollar pro Tag. Sachs ist der Ansicht, dass endemische Krankheiten wie Malaria und heutzutage auch HIV/ Aids die Hauptursachen für Afrikas andauernde und extreme Armut sind, und dass diejenigen, die meinen, dass Afrikas Armut afrikanischer Regierungsführung oder westlicher Gewalt und Einmischung zuzuschreiben sei, auf dem Holzweg sind. Dieser Schlussfolgerung scheint er allerdings selbst zu widersprechen mit der Aussage „Tatsächlich hat fast jede Krise in Afrika – Sudan, Somalia und eine ganze Reihe anderer – eine lange Vorgeschichte westlicher Einmischung unter ihren vielen Ursachen.“ Außerdem

Die Namen der Staaten und die Namen der wertvollen Ressourcen, die dort gefunden werden, sind austauschbar. Die entscheidende Frage jedoch bleibt dieselbe: Wie kann (Name des afrikanischen Landes einfügen) jährlich X (Barrel, Karat, Tonnen, Lastwagenladungen, Schiffsladungen) von Y (Öl, Gold, Platin, Diamanten und andere Edelsteine, tropische Hölzer, Basismetalle, strategisch wichtige Minerale) erzeugen und dabei immer noch so arm bleiben oder sogar noch ärmer werden?

Wie war es zum Beispiel möglich, dass Mali nicht weniger als 60 Tonnen Gold pro Jahr fördern konnte (und mehr Baumwolle als jedes andere afrikanische Land südlich der Sahara), und sich dennoch am unteren Ende des Human Development Index der Vereinten Nationen wiederfand, wo es gewöhnlich zu den fünf am wenigsten entwickelten Ländern der Erde gehört?

Und wie konnte es sein, dass Nigeria, Angola, Kamerun, Gabun und die Republik Kongo-Brazzaville und in jüngerer Zeit auch Mauretanien, der Tschad und Äquatorialguinea so bedeutende Erdöllieferanten sein konnten und dabei immer noch unter so vernichtender finanzieller Not litten, mit düsteren Statistiken zu Grundschulbildung und Gesundheitsversorgung, Lebenserwartung, Müttersterblichkeit und anderen Indikatoren für menschliche Entwicklung?

Sierra Leone arbeitet nach einem Bürgerkriegsjahrzehnt hart daran, die Wunden dieses von 1991 bis 2002 dauernden Konflikts zu heilen. Auf dem vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen jährlich erstellten Index für menschliche Entwicklung landete es auf der Liste der am wenigsten entwickelten Länder auf dem allerletzten Platz. Und doch kamen Diamanten im Wert von Milliarden von US Dollar aus seinem Boden. Andere Länder in Afrika mit bedeutender Diamantenproduktion – Angola, die Demokratische Republik Kongo (das ehemalige Zaire) und die Zentralafrikanische Republik – sind auch nicht gerade leuchtende Vorbilder für Wohlstand und Frieden.

Kamerun, Gabun, Liberia, die demokratische Republik Kongo und die Republik Kongo haben ungeheure Mengen Tropenholz exportiert; alle sind sie noch immer arm und verschuldet.

Die Kameruner, deren Realeinkommen im letzten Jahrzehnt um mehr als die Hälfte abgesackt sind, mussten gleichzeitig die tägliche Zerstörung ihrer artenreichen Regenwälder mit ansehen und den stetigen Abfluss an Holz, verladen auf Lastern, die es für den Export in ferne Länder an die Küste bringen.

---

erkennt er in seinem Buch die verheerenden Auswirkungen der Haushaltspolitik des IWF und der Weltbank während der 1980er und 1990er Jahre an, sowie, dass Afrika nach dem Ende des Kolonialismus zur Schachfigur im Kalten Krieg wurde, und dass die CIA bei der Ermordung oder dem Sturz national gesinnter Staatsführer geholfen hat. Dazu Jeffrey D. Sachs: *The End of Poverty – economic possibilities for our time*, New York 2005, S. 190.

Das Muster ist verstörend – nur die Bezeichnungen der Bodenschätze, der Name des afrikanischen Landes und der seines Oberhauptes ändern sich. Dies wirft die Fragen, auf die es ankommt, auf, warum nämlich seit der Unabhängigkeit so wenige afrikanische Staatsführer für die Rechte der Menschen in ihrem Land eingetreten sind - und warum die jeweilige Bevölkerung das hinnimmt.

*Aus dem Englischen übertragen von Martina Mielke*

*Auszug aus Joan Baxters Buch „Dust from our Eyes – An unblinkered look at Africa“, 2. Aufl., Hamilton 2010, erschienen im Verlag Wolsak and Wynn Publishers Ltd., der - ebenso wie die Autorin - einer Veröffentlichung der vorstehenden Übersetzung auf der Webseite des Internetprojekts WLOE [www.wloe.org](http://www.wloe.org) zugestimmt hat; die Urheberrechte an der Übersetzung liegen bei der Übersetzerin.*